

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Kreisbüros 2 Mk. im Monat, bei Bestellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abzug für die Postgebühren. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 50 Pfennig. Einzelnummern 50 Pfennig und weitere Kunden nehmen je jeder Zeit Bestellungen an. — Rückzahlung eingehender Schöpflinge erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Bezugspreis: Die 2. Spaltennummer 20 Halbpennig, die 2. Spaltennummer 40 Halbpennig, die 3. Spaltennummer 60 Halbpennig. Nachweisungsgebühr 20 Halbpennig. Sonstige und Anzeigenpreise werden nach Möglichkeit annehmlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Möglichkeit der Abnahme durch Fernruf übernimmt keine Garantie. Jeder Abnahmepreis enthält, wenn der Betrag durch die Post eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht, Wilsdruff alle Veranlassungen entgegen.

Nr. 92. — 84. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff = Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 21. April 1925

Des Reichspräsidenten Stellung.

Aber die vielfach verkantete staatsrechtliche Stellung des jetzt neuzuwählenden Präsidenten im Deutschen Reich wird uns von berufener Seite geschrieben:

Der Kampf um den Reichspräsidenten, der mit nicht unerheblicher Heftigkeit tobt und vermutlich an Heftigkeit noch bedeutend gewinnen wird, ist näher der Wahltermin kommt, hat eine ganz charakteristische Eigenschaft: es wird meistens außer acht gelassen, welche staatsrechtliche Stellung der Präsident der Deutschen Republik eigentlich hat. Es ist geradezu lächerlich, wenn man einen der Kandidaten fragt, wie er z. B. zur Aufwertungsfrage sieht. Oder zum Schutzoll oder zu sonst einer politischen Frage. Das ist nämlich alles ganz gleichgültig, wie der Präsident zu diesen Fragen steht, weil er gar nicht die Möglichkeit hat, zur Lösung der Fragen irgend etwas beizutragen. Nur steht die Aufwertung solcher Fragen von einem, nämlich von der vollendeten Unterwelt über das, was der Präsident im neuen Deutschland an Rechten hat.

Insofern stimmt seine Stellung mit der des früheren Kaisers überein, als das Zustandekommen eines Gesetzes von seiner Zustimmung nicht abhängt; er kann freilich gegen ein solches verfassungsmäßig zustande gekommenes Gesetz höchstens mit aufschiebender Wirkung protestieren. Dagegen hat er auf dem Gebiete der Exekutive außerordentlich weitgehende, viel größere Rechte als der frühere deutsche Kaiser, besitzt Rechte, die früher zum großen Teil dem Bundesrat vorbehalten waren. Am besten besprochen von all diesen ist der Paragraph 48, der dem Reichspräsidenten unter gewissen Umständen sogar diktatorische Gewalt zuerkennt. In der Verfassung ist hierbei aber gesagt, daß ein besonderes Gesetz diese Frage noch regeln soll; es ist eine der ersten Maßnahmen des jetzigen Kabinetts Luther gewesen, einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen.

Wiel wichtiger aber als alle die Verfassungsartikel, die die Stellung des Präsidenten umschreiben, ist das Verhältnis des Präsidenten zu den anderen Gewalten im Staat, vor allem zum Parlament und damit zu der Regierung, die ja praktisch nichts anderes ist als ein Vertrauensauschuß der Parlamentsmehrheit. Wir haben die Bestimmung in der Verfassung, daß jede Verordnung des Reichspräsidenten gegenzeichnet werden muß durch den Reichskanzler oder durch einen Minister. Als zweites ist dabei zu beachten, daß die Verantwortung für die Verordnung, die der Reichspräsident herausgegeben hat, nicht dieser, sondern der gegenzeichnende Minister vor dem Parlament trägt, sie also nicht nur juristisch, sondern auch politisch trägt. Und das dritte ist, daß trotzdem kein Strafverfahren vor dem Staatsgerichtshof gegen den Reichspräsidenten eröffnet werden kann, wenn diesem der Vorwurf der Verfassungsverletzung gemacht wird. Die Verfolgung kann nur den treffen, der die Verantwortung trägt. Und das ist der gegenzeichnende Minister.

Man sieht aus diesem kleinen Beispiel, daß sich die Stellung des Reichspräsidenten gar nicht artfremdlich festlegen läßt, sondern daß es für die politischen Wirkungen, die er ausübt, lediglich darauf ankommt, was für eine Persönlichkeit er ist. Ihm ist nicht einmal möglich, was seinem amerikanischen Kollegen verfassungsmäßig gestattet ist: der Kammer eine Vorschau zugehen zu lassen, durch die sie zu irgendeiner Maßnahme oder einem entsprechenden Gesetz veranlaßt wird. Es wird in dem jetzigen Wahlkampf fast völlig vergessen, daß bei uns das Kabinett regiert, nicht der Reichspräsident. Das veranlaßt die sozialdemokratischen, später durch ein Attentat getöteten Abgeordneten Haase im Juli 1919, anlässlich der Verfassungsberatung, den Reichspräsidenten als ein Deflorationsstüd zu bezeichnen. Das geschieht freilich weit über das Ziel hinaus, was in Eberts Präsidentengeschichte deutlich zum Ausdruck kam. Der Präsident vermag weit mehr zu wirken, als das im Verfassungsgelehr auf den ersten Blick erkennbar ist. Die Wirklichkeit ist eben stärker als papierene Schranken und die außerordentliche Rolle von Reichspräsidentalverordnungen, die wir besonders unter der Regierung Marx erlebten, zeigt, daß derartige Maßnahmen natürlich nur dann möglich sind, wenn der Reichspräsident seine Rechte für derartige Zwecke zur Verfügung stellt. Nichts auf der Welt hätte Herr Ebert zwingen können, seinen Namen unter die Verordnungen zu setzen.

Es kommt also nicht so sehr darauf an, welche Stellung der Reichspräsident gewissen politischen Problemen gegenüber hat, weil seine Diktaturgewalt eingeschränkt wird durch die Notwendigkeit, zur Verwirklichung seiner Maßnahmen die zustimmende Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder eines Kabinettsmitgliedes zu erhalten. Daher konnte sich der Wahlkampf auf die Gegenüberstellung der beiden Hauptkandidaten als Persönlichkeit, auf ihren politischen Habitus beschränken. Bekanntlich hat auch Ebert, als er das Amt des Reichspräsidenten übernahm, erklärt, er werde sein Verkommen aus der sozialistischen Arbeiterbewegung nie verleugnen. Und noch 1920 konnte der sozialdemokratische Parteivorstand in einem geheimen Rundschreiben darauf hinweisen, daß für seine Partei Ebert einen bedeutenden politischen Posten bedeute, nach der politisch aktiven wie nach der politisch passiven Seite hin. Daß er also nach einer gewissen Rich-

Hindenburgs friedliches Ziel: nationale Sammlung.

Hannover, 20. April. Gestern Abend fand in der Stadthalle von Hannover der angekündigte Hindenburg-Empfang statt. Staatsminister v. Loebell begrüßte den Generalfeldmarschall mit Dankesworten für das große Opfer, das er durch Annahme der Kandidatur dem Vaterlande bringen wolle. Der Name Hindenburg würde dem deutschen Vaterlande Ruhe verbürgen und ganz Europa den Frieden bringen. (Starker Beifall.) Dann erhob sich

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und jagte u. a.:

Meine sehr verehrten Herren! Diese Stunde geselligen Beisammenseins hat für das deutsche Volk, für Sie als politische Führer und auch für mich vielleicht eine tiefe Bedeutung. Sie haben sich heute Abend hier versammelt, um mit mir die politische Lage und die politischen Ziele des Reichsbundes zu besprechen. Wir wollen uns hierbei nicht durch Angriffe unserer Gegner stören lassen. Mich lassen jedenfalls persönliche Angriffe, auch der gemäßigten Art ganz kalt, denn ich baue auf das Gerechtigkeitsgefühl meiner Landsleute.

Deutschland hat in den schweren Stunden bewiesen, was es durch Einigkeit zu erreichen vermag.

Ich bitte die hier so zahlreich erschienenen Vertreter, die Bedeutung des Willens zur Einigkeit, der nichts mit Parteipolitik zu tun hat, sondern dem gesunden Nationalgefühl des deutschen Volkes entspricht, nicht gering zu achten.

Der Reichsbund hat geglaubt, dem Gedanken überparteilicher Einigkeit bei der Wahl eines deutschen Reichspräsidenten dadurch am besten dienen zu können, daß er mir für den zweiten Wahlgang die Kandidatur antrug. Nachdem ich einmal die Kandidatur übernommen habe, ist es mein Wille, mich während des Wahlkampfes an der politischen Arbeit des Reichsbundes in der mir angemessenen erscheinenden Weise zu beteiligen und für den Fall meiner Wahl meine ganze Kraft für das Wohl Deutschlands einzusetzen.

Ich würde auch als Reichspräsident nur die Pflicht kennen, auf den einmal gegebenen Grundlagen der Verfassung und der heutigen Stellung Deutschlands in der Welt das Beste für mein Vaterland zu erstreben. Rücksicht auf irgendwelche Parteien oder unberechtigte Sonderinteressen würde ich dabei nicht kennen.

Bei einem Teil unserer politischen Parteien spielt die Auflosung eine verhängnisvolle Rolle, daß nur der unbedingte Anhänger des Parteiprogramms oder wenigstens der in den Revolutionen geschaffenen Parteikoalition das Recht habe, im Staate mitzuarbeiten.

Als ruhiger Beobachter der politischen Entwicklung der letzten Jahre habe ich geglaubt, immer wieder eine falsche Auffassung vom Wesen und der Bedeutung der politischen Parteien im parlamentarisch regierten Staate festzustellen. Dies führt dazu, das an sich schon zum Zwiespalt neigende deutsche Volk weiter zu verwirren. Weiße Kreise streben aber nach großen gemeinsamen Zielen. Darum scheint mir der Reichsbund, der diesem Gedanken dienen will, die Forderungen des Tages richtig erkannt zu haben. Erwarten Sie also, meine sehr verehrten Herren, nicht von mir das Programm eines Parteimannes, der sich mit politischen Fragen auseinandersetzt. Weit wichtiger ist die Aufgabe, dem deutschen Volke wieder die Grundlage wirtschaftlicher und politischer Lebensfähigkeit zu verschaffen. Ohne die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

Ansehen in der Welt wird jedoch nur gewinnen, wer sich selbst und sein Volk achtet. Vertrauen wird nur gewinnen, wer sich selbst vertraut.

Wir haben heute die Pflicht, unser gesamtes öffentliches Leben und unsere praktischen politischen Ziele so einzustellen, daß unser aufrichtiges Streben nach friedlicher Orientierung unseres Vaterlandes und friedlicher Mitarbeit am Fortschritt der Welt sich durchsetzen kann. Hierin liegt eine wichtige Grundlage der deutschen Außenpolitik.

ung um politisch wirken, aber auch manches verhindern könne. Wir sind zu formalistisch, betrachten die Verfassung als etwas allzu Starres, fast Erstarrtes. Dabei ist doch die Verfassung nichts anderes als die rechtliche Festlegung tatsächlicher politischer Kräfteverteilung. Diese Kräfte sind aber nichts Erstarrtes, sondern sie leben, werden stärker, werden schwächer. Damit auch ihr gegenseitiges Verhältnis lebendig ist, daher auch die Stellung des Reichspräsidenten innerhalb dieser Verfassung, und auf die Persönlichkeit kommt es an, nicht daß sie die Stellung ausfüllt, sondern auch wie sie sie ausfüllt.

Nichts kann diesem friedlichen Ziele mehr schaden, als das verlogene Geschrei von einer drohenden militärischen Reaktion in Deutschland, die sich in meiner Kandidatur angeblich ausdrücken soll.

Ich glaube gern, daß Herr Marx diesem verwerflichen demagogischen Treiben seiner Anhänger persönlich fernsteht. Ich muß aber mit allem Ernst auf die große Gefahr hinweisen, die eine solche verantwortungslose Wahlpropaganda für das ganze deutsche Volk bedeutet. Ich betone mit aller Deutlichkeit, daß ich nichts anderes anstrebe, als was die Gegner meiner Kandidatur für sich allein in Anspruch nehmen: dem deutschen Volke in voller Souveränität und in voller Freiheit seinen Platz unter den anderen Völkern zu sichern. Um dieses Ziel zu erreichen, muß aber baldigst die schwere Anschuldbildung unserer Verantwortung für den Weltkrieg fallen.

Das sind die Gedanken, die mich leiten, und darum werden Sie mir glauben, wenn ich Ihnen versichere, daß all das Geschwätz von verfassungswidrigem Vorgehen, das ich beabsichtigen soll, von sogenannten reaktionären und sonstigen gefährlichen Bestrebungen Unsinn ist. Ich bin gewöhnt, meine Pflicht zu tun, und würde daher, wenn das deutsche Volk mir das große Vertrauen schenken sollte, mich zu keinem Präsidenten zu wählen, unbedeutend durch Tagesmeinungen und persönliche Angriffe mit Sachlichkeit dahin wirken, daß unserem Vaterland, das wir in seinem Unglück um so heißer lieben müssen, eine glückliche Zukunft beschieden sein möge. Wird dieses Ziel erreicht, so wäre das der schönste Dank an alle die Helden, die einst im festen Glauben an Deutschlands Größe ihr Leben hingaben oder ihre Gesundheit opferten.

Die Rede Hindenburgs wurde an vielen Stellen von starkem Beifall begleitet. Nachdem die Vertreter aller am Reichsbund beteiligten großen Parteien und Verbände das Wort genommen hatten, hielt

der Feldmarschall

folgende Ansprache: Ich möchte nun noch einmal meinen allerherzlichsten Dank dafür zum Ausdruck bringen, was mir an Liebe entgegengetragen worden ist. In meiner vorigen Rede ist klar zum Ausdruck gebracht, was uns not tut und wofür wir kommen müssen.

Darum vorwärts mit Gott für unser deutsches Vaterland.

Das Echo aus Amerika.

Eigener Fernsprechtsdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Neuport, 20. April. Die gestrige Hindenburg-Rede wird eingehend von sämtlichen Blättern besprochen. Sie hat wegen ihrer besonnenen Ruhe den besten Eindruck gemacht. Besonders anerkannt wird hervorgehoben, daß sich Hindenburg voll und ganz auf den Boden der Reichsverfassung gestellt und betont habe, daß er den Frieden erhalten wolle und die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages durchführen werde. Großen Eindruck macht auch seine Erklärung, daß er nur dem Vaterlande und seiner Partei dienen wolle. Die Blätter geben ausführliche Darstellungen über den Empfang bei Hindenburg, ohne irgendwelche Kritik zu üben. Die Berichte sind sachlich gehalten und enthalten keinerlei Angriffe gegen Deutschland. In den letzten Tagen hat überhaupt eine ruhige Betrachtung der Kandidatur Hindenburgs Platz gegriffen und man verfolgt die Vorgänge in Deutschland mit äußerster Gelassenheit. Die Blätter wundern sich selber über die aus Deutschland kommenden Gerüchte, wonach die Kandidatur Hindenburg die deutsche Anleihepolitik gefährden soll. Gerade die amerikanischen Wirtschaftskreise zeigen wenig Interesse für den Wahlkampf in Deutschland und betrachten die Dinge mit äußerster Ruhe. Auf verschiedene Anfragen wurden alle Gerüchte über Schwierigkeiten bei Kreditverhandlungen von einflussreichen Bankierkreisen aufs schärfste zurückgewiesen. Die von Deutschland eintreffenden Gerüchte haben keinerlei Einfluß auf den Gang der Kreditverhandlungen gehabt.

Präsidentenwahl und Auslandskredite.

Ein Zwischenfall im Haushaltsauschuß.

Zwischen Reichsbund und Volksbund ist ein heftiger Kampf über die Frage entbrannt, ob die Kandidatur des Generalfeldmarschalls von Hindenburg für Anleiheaufnahmen Deutschlands im Ausland von ungünstiger Wirkung gewesen sei. Während ein Teil der hinter dem Volksbund stehenden Presse diese Meinung vertritt, sind die Kreise des Reichsbundes entgegengesetzter Ansicht. In diesen Kampf ist nun auch der Haushaltsauschuß einbezogen worden, wo der deutschnationale Abordneter